



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 22. Juli 2008 (28.07)
(OR. fr)**

12035/08

LIMITE

PE-QE 533

**ENTWURF EINER ANTWORT AUF DIE SCHRIFTLICHE ANFRAGE
E-3162/08 von Marco Cappato (ALDE) und Sophia in 't Veld (ALDE)**

erstellt von der Gruppe "Allgemeine Angelegenheiten"
für den Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: **"Verbot der 'Pride'-Parade in der Republik Moldau, fehlender Schutz durch
die Polizei, Verletzung von Menschenrechten"**

1. Die Delegationen erhalten hiermit
 - den Wortlaut der Anfrage,
 - einen von der Gruppe "Allgemeine Angelegenheiten" am 18. Juli 2008 erstellten Antwortentwurf.
2. Dieser Entwurf wird dem Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) und dem Rat zur Billigung vorgelegt.

Betrifft: Verbot der "Pride"-Parade in der Republik Moldau, fehlender Schutz durch die Polizei, Verletzung von Menschenrechten

Am 11. Mai fand in Chişinău die 7. „Pride“-Parade (für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen) statt. Der Bürgermeister von Chişinău, Dorin Chirtoacă, entschied am Vorabend der Parade, diese zu verbieten, obwohl es sich um eine friedliche Veranstaltung für ein Antidiskriminierungsgesetz und Toleranz handelte. Während der Parade wurden die Teilnehmer daran gehindert, friedlich zu demonstrieren, da von der Polizei die Versammlungsfreiheit und die Sicherheit der Teilnehmer nicht garantiert und diese bewusst den Aktionen von Gegendemonstranten überlassen wurden. Aggressive, koordinierte große Gruppen, darunter religiöse Fundamentalisten, Mitglieder der neofaschistischen Bewegung „Noua Dreapta“ („Neue Rechte“) und Angehörige der „Legionäre“ – nach Aussagen von Beobachtern zwischen 200 und 400 Personen – umringten ungefähr 45 Minuten lang einen Bus mit rund 60 Paradeteilnehmern und versuchten, die Tür einzudrücken, die Fenster einzuschlagen und den Motor herauszureißen, wobei sie riefen „Wir holen sie raus und schlagen sie zusammen!“. Etwa sechs Autos der Verkehrspolizei standen ungefähr 100 Meter entfernt, ohne dass die Polizisten etwas unternahmen. Mehrere Hundert Personen belagerten das Büro der LGBT-Organisation (für Homo-, Bi- und Transsexuelle) „GenderDoc-M“, bedrohten Paradeteilnehmer und forderten sie mit lauten Rufen auf, aus dem Büro herauszukommen. Zwei Polizeiautos und ein Rettungswagen beobachteten aus einiger Entfernung das Geschehen. Das Büro blieb mehrere Stunden lang blockiert, ohne dass eine staatliche Autorität zum Schutz eingeschritten wäre. „GenderDoc-M“ ist die einzige Nichtregierungsorganisation, deren öffentliche Demonstrationen wiederholt verboten wurden, seit der neue Bürgermeister im Amt ist. Von Menschenrechtsorganisationen wurden die Gewaltakte verurteilt, die die moldauischen Behörden zulassen. Überdies sollen alle Protestaktionen nach Angaben unabhängiger Beobachter von einem speziellen Sicherheitsdienst der Republik Moldau vorbereitet und koordiniert worden sein. Teilnehmer von Protestaktionen wurden mit Minibussen aus unterschiedlichen Teilen des Landes nach Chişinău gebracht.

Ist der Rat nicht auch der Meinung, dass das Verbot einer „Pride“-Parade der Rechtsprechung des EuGH in der Rechtssache Baczkowski und andere/Polen widerspricht und dass die Republik Moldau demnach gegen Menschenrechtsinstrumente des Europarates verstößt? Was wird der Rat konkret unternehmen, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Aktionsplans EU-Republik Moldau mit seiner Verpflichtung der Republik Moldau zur Durchführung des Nationalen Menschenrechtsplans – der ein Kapitel zu den Rechten sexueller Minderheiten enthält – und zur Inkraftsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes und eines Gesetzes zum Schutz von Minderheiten gemäß europäischen Normen – einschließlich des Schutzes vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung - umgesetzt werden? Was wird der Rat konkret tun, um diese Verstöße gegen Menschenrechte – Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Sicherheit, Nichtdiskriminierung – und Abkommen mit der EU bei den moldauischen Behörden auf höchster Ebene vorzubringen und auf die moldauische Regierung Druck auszuüben, damit sie ihre eigenen Gesetze und internationalen Menschenrechtsverpflichtungen sowie den Aktionsplan EU-Republik Moldau umsetzt?

ANTWORT

auf die schriftliche Anfrage E-3162/08

von Marco Cappato (ALDE) und Sophia in 't Veld (ALDE)

Die Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ist eine der zentralen Fragen in den Beziehungen der EU zur Republik Moldau, wie dem Aktionsplan zu entnehmen ist. Die Vertreter des Rates bringen diese Frage regelmäßig bei den Treffen mit den Regierungsvertretern der Republik Moldau zur Sprache, auch auf höchster Ebene.

Die EU hat der Delegation der Republik Moldau unter dem Vorsitz von Präsident Voronin auf der Tagung des Kooperationsrates am 27. Mai 2008 als eine ihrer Kernbotschaften mitgeteilt, dass unbedingt Reformen zur Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten durchzuführen sind. Dieselbe Botschaft hat auch der Hohe Vertreter Solana bei seinem bilateralen Treffen mit Präsident Voronin am selben Tag überbracht. Sie kommt auch vonseiten des EU-Sonderbeauftragten für die Republik Moldau, Herrn Mizsei, bei seinen zahlreichen Treffen mit den Regierungsstellen des Landes beständig und mit Nachdruck zur Sprache.

Der Rat wird die Entwicklungen in diesem Bereich in der Republik Moldau weiterhin aufmerksam verfolgen
